

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 99 (2019)
Heft: 1070

Artikel: Amerika zuletzt
Autor: Dümmler, Patrick / Anthamatten, Jennifer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-868756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Amerika zuletzt

**Im Netz der Schweizer Freihandelsabkommen prangt ein grosses Loch: die USA.
Die wirtschaftlichen Vorteile, die durch ein Abkommen realisiert werden könnten,
wären auf beiden Seiten erheblich.**

von Patrick Dümmler und Jennifer Anthamatten

Der Schweiz stehen im internationalen Handel schwierige Zeiten bevor: Der Multilateralismus ist geschwächt. Das bisher durch die WTO garantierte, regelbasierte Handelssystem wird zusehends durch ein machtbasiertes abgelöst. Dies ist für eine – im globalen Kontext betrachtet – wenig mächtige, aber vom internationalen Marktzugang stark abhängige Volkswirtschaft wie die Schweiz nachteilig. Zusätzlich wird das Beschreiten des bilateralen Wegs mit der EU aus innenpolitischen Gründen für die Schweiz immer schwieriger. Beide Trends erhöhen die Bedeutung eines breit diversifizierten und gut ausgebauten Netzwerks an Freihandelsabkommen (FHA). Für den Kleinstaat ist es daher wichtiger denn je, neue Abkommen abzuschliessen und bestehende zu erweitern.

Die Schweiz verfügt bereits heute über ein dichtes Netzwerk an FHA. Sie hat über 30 Abkommen mit mehr als 70 Ländern¹ abgeschlossen. Neben ihrer wichtigsten Handelspartnerin, der EU, fallen darunter auch bedeutende Märkte wie China, Japan oder Kanada. Mit dem existierenden Netz werden rund 60 Prozent des Weltmarktes abgedeckt, wobei zwei Abkommen – Indonesien und die Mercosur-Staaten – bereits verhandelt, aber noch nicht ratifiziert sind. Mit weiteren rund 17 Prozent des Weltmarktes befindet sich die Schweiz derzeit in offiziellen Verhandlungen über ein Abkommen, so etwa mit Indien oder der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan.

Weit über die Hälfte der verbleibenden Lücke ist auf ein einziges Land zurückzuführen: die USA. Sie stellen mit allein 15 Prozent des Weltmarktes alle anderen potentiellen Freihandelspartner deutlich in den Schatten. Diese schiere Marktgrösse der USA und das hohe sowie über die letzten Jahre stark wachsende Warenhandelsvolumen machen das Land zum wichtigsten Partner für Verhandlungen über ein FHA.

Die Wichtigkeit der USA als Wirtschaftspartner

Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Schweiz und den USA sind bereits heute sehr eng. Der Warenhandel hat sich in den letzten zwei Dekaden auf beiden Seiten des Atlantiks mehr als verdoppelt und beträgt heute kumuliert ungefähr 60 Mrd. Fr. Die Schweiz ist der zehntwichtigste Warenanbieter in den USA, um-

gekehrt sind die USA der zweitwichtigste Warenanbieter für die Schweiz. Unterm Strich resultiert für die Schweiz aber ein Exportüberschuss im Warenverkehr. Dem steht die Entwicklung des Dienstleistungshandels entgegen: Hier sind insbesondere die Schweizer Importe von amerikanischen Dienstleistungen stark gewachsen.² Sie haben zwischen 2012 und 2017 um 80 Prozent zugenommen, womit die USA heute einen leichten Überschuss in der Dienstleistungsbilanz erzielen können. Rund ein Viertel aller durch die Schweiz importierten Dienstleistungen stammt heute aus den USA.

Auch bei den Direktinvestitionen zeigen sich die engen Verflechtungen zwischen den beiden Ländern: Die Schweiz ist trotz ihrer – im Vergleich zu den Big Playern – vergleichsweise geringen Wirtschaftskraft der siebtwichtigste Direktinvestor in den USA. Das schweizerische Investitionsvolumen in den USA ist mit über 300 Mrd. Fr. dreimal höher als dasjenige von China, Indien und Mexiko – Wohnort von 2,8 Mrd. Menschen – zusammen (!). Umgekehrt sind die USA nach der EU der zweitwichtigste Investor in der Schweiz.

Das FHA schafft Jobs

Diese wirtschaftlichen Verflechtungen generieren bereits heute über 700 000 Arbeitsplätze, 260 000 in der Schweiz und rund 450 000 in den USA.³ Hierzulande fallen dabei deutlich mehr Stellen durch den Austausch von Waren und Dienstleistungen an (180 000) als durch die Direktinvestitionen der USA (90 000). Für die USA dreht sich das Bild: Der Austausch von Waren und Dienstleistungen generiert «lediglich» rund 140 000 Stellen, während die Schweizer Direktinvestitionen in den USA stolze 320 000 Stellen schaffen.

Mit einem FHA könnten sich die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den beiden Staaten weiter vertiefen. Nimmt man an, dass das FHA zwischen der Schweiz und den USA ähnliche Effekte hätte wie die schon mit anderen Ländern abgeschlossenen, so würde sich allein der Warenhandel fünf Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens um gesamthaft fast 15 Mrd. Fr. erhöhen. Das US-Exportvolumen stiege um rund 10 Mrd. Fr.; dies entspricht ungefähr 30 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in den USA,



VICTORINOX



CONNEX

Zürich | Brunnen | Luzern | Genf | Andermatt

SHOP ONLINE AT [VICTORINOX.COM](https://www.victorinox.com)

etwa gleich vielen, wie bei der Roche Group in den USA bestehen. Das schweizerische Exportvolumen stieg um rund 5 Mrd. Fr. und könnte somit gut 15 000 zusätzliche Arbeitsstellen schaffen. Ebenfalls eine beachtliche Zahl, bedenkt man, dass die zwei Pharmakonzerne Roche und Novartis je ebenso viele Mitarbeiter in der Schweiz beschäftigen.⁴

Die Entwicklung des Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen zu quantifizieren, ist aufgrund der beschränkten Datenlage schwierig. Die vorhandenen Abkommen lassen aber erwarten, dass ein FHA zwischen der Schweiz und den USA ebenfalls zu einer signifikanten Belebung des Dienstleistungsverkehrs beitragen würde. So lag nach Inkraftsetzung des FHA Schweiz–China die jährliche Wachstumsrate des bilateralen Dienstleistungsaustauschs im Durchschnitt um 2 Prozentpunkte höher. Auf amerikanischer Seite hat sich die Wachstumsrate der Dienstleistungsexporte in den fünf Jahren nach Abschluss der Abkommen mit Australien, Singapur und Chile gegenüber den fünf Jahren zuvor sogar um enorme 20, 12 bzw. 10 Prozentpunkte pro Jahr erhöht.

Für die mögliche Entwicklung der Direktinvestitionsvolumina zwischen der Schweiz und den USA stehen zu wenige Daten zur Verfügung, um daraus statistisch belastbare Schlussfolgerungen ziehen zu können. Generell lässt sich aber erwarten, dass ein FHA für die Wirtschaftsakteure eine höhere Rechtssicherheit schafft, so dass Investitionspläne in den beteiligten Ländern attraktiver werden, was sich mittel- bis langfristig in den Zahlen zum Bestand an Direktinvestitionen niederschlagen müsste. Auch im öffentlichen Beschaffungswesen könnte ein FHA zusätzlichen Nutzen stiften. Man denke hier beispielsweise an die restriktiven Bestimmungen der USA im Eisenbahn- und Strassentransport, die einen fixierten Anteil von im Inland erzeugter Wertschöpfung vorsehen, oder an die Milliardenausgaben, die die Schweiz in die Modernisierung ihrer Armee zu investieren plant.

Berücksichtigt man die Effekte des zusätzlichen Dienstleistungshandels sowie des höheren Investitionsvolumens, würde ein FHA noch weit mehr als die errechneten Arbeitsplätze in der Schweiz und den USA schaffen. Auch stellenschaffende Effekte, basierend auf höheren Einkommen und den dadurch angekurbelten Investitions- und Konsumausgaben (sogenannte indirekte Effekte), sind zu erwarten.

Frühzeitiger Einbezug der verschiedenen Interessengruppen

Dem beachtlichen Potenzial zum Trotz haben die beiden Staaten bis heute kein FHA abgeschlossen. Nachdem im Jahr 2006 bereits einmal exploratorische Gespräche stattgefunden hatten, herrschte danach 13 Jahre Funkstille. Der grösste Stolperstein für den ausbleibenden Erfolg im Jahr 2006 war die Blockadehaltung der Schweizer Landwirtschaft.

Erst seit letztem Herbst haben sich die Kontakte auf politisch-administrativer Ebene wieder vertieft und exploratori-

sche Gespräche wurden eröffnet. Der offizielle Eintritt in Verhandlungen blieb bisher aber noch aus. Eine wichtige Erkenntnis aus dem Jahr 2006 ist die Notwendigkeit eines frühzeitigen Einbezugs der verschiedenen Interessengruppen, insbesondere der Landwirtschaft, der Konsumenten und der Umweltorganisationen. Es gilt diese bereits während der exploratorischen Gespräche einzubeziehen, um so weit wie möglich gemeinsame Lösungen für eine schrittweise (Teil-)Liberalisierung des Agrarsektors zu erarbeiten. Denn ein FHA zwischen der Schweiz und den USA ist ohne Konzessionen im Landwirtschaftsbereich kaum denkbar.

Die Ausgangslage im Vergleich zu 2006 ist heute eine andere. Die Schweiz ist stärker als damals unter Druck, neue FHA abzuschliessen. Ihre Rolle im globalen Umfeld hat sich verändert. Die Stichworte lauten «Schwäche des Multilateralismus» und «Stillstand mit der EU». Die Schweiz tut daher gut daran, die historische Chance jetzt zu nutzen, statt noch einmal 13 Jahre zuzuwarten – it's time for a deal! ◀

¹ Die Länder des FHA mit der EU28 sind hierbei einzeln gezählt.

² Dazu zählen in erster Linie Leistungen aus der Forschung und Entwicklung (knapp 25 Mrd. Fr.), Lizenzgebühren (24 Mrd. Fr.) sowie Telekommunikations-, Computer- und Informationsdienste (18 Mrd. Fr.). Der Tourismus (Reisen von Schweizern in die USA) beispielsweise summiert sich hingegen bloss auf 2 Mrd. Fr.

³ Für diese Berechnungen wurde ein durchschnittlicher Umsatz pro Mitarbeiter von rund 350 000 Fr. angenommen.

⁴ Diese Berechnungen beziehen sich nur auf die zusätzlichen Arbeitsplätze, die aufgrund des intensivierten Warenverkehrs geschaffen würden.

Patrick Dümmler

ist Senior Fellow und Forschungsleiter «Offene Schweiz» bei Avenir Suisse.

Jennifer Anthamatten

ist Senior Researcher bei Avenir Suisse.

Kürzlich von ihnen erschienen: «Win-win: Freihandel Schweiz–USA», www.avenir-suisse.ch/publication/win-win-freihandel-schweiz-usa/

Zahl des Monats

75

Jahre alt ist Friedrich August von Hayeks Werk «The Road to Serfdom» dieses Jahr geworden. Sein Verkaufsschlager hat an Aktualität nichts eingebüsst. Nicht weil die heutige Situation im Westen jener der frühen 1940er Jahre ähnlich wäre, sondern weil «Der Weg zur Knechtschaft» ein Buch über den Einfluss gesellschaftspolitischer Ideen auf unser Zusammenleben ist. Hayek argumentiert darin, dass die Umsetzung der Ideen des Sozialismus zwangsläufig in einen totalitären Kollektivismus mündet, in dem für individuelle Freiheitsrechte sowie persönliche Ansichten, Vorlieben und Sonderbarkeiten kein Raum ist. Wird in Abwesenheit privaten Eigentums an den Produktionsmitteln der Einsatz der gesamten Ressourcen einer Gesellschaft zentral geplant, kann das nicht demokratisch erfolgen. In die Tat gesetzt werden die Pläne stattdessen von skrupellosen Vertretern der dominanten Gruppe der Gesellschaft. Sie haben keine moralischen Bedenken und sind willens, ihre Ziele vor denen aller anderen mit Mitteln zu verfolgen, die selbst die meisten Sozialisten ablehnen, so Hayek. Sozialistische Ideen haben seiner Ansicht nach ungewollt durch ihr Werben für die Planwirtschaft auch das Feld für den deutschen Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus bereitet. Hayek warnte in «The Road to Serfdom» nicht vor Eingriffen in den Marktprozess, sondern vor den katastrophalen Folgen einer Abschaffung des wettbewerblichen Marktes durch die Umsetzung sozialistischer Ideen, die sich damals allseits grosser Beliebtheit erfreuten. Das ist heute nicht mehr der Fall: Ausserhalb der wenig übrig gebliebenen offiziell sozialistisch oder kommunistisch organisierten Länder befürwortet jeweils glücklicherweise nur eine kleine Minderheit die vollständige Abschaffung von privatem Eigentum. Damit das so bleibt, sollte Hayeks Warnung weiterhin gehört werden, nicht nur im Jubiläumsjahr.

Alexander Fink ist Ökonom und arbeitet am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig und ist Senior Fellow am Institute for Research in Economic and Fiscal Issues – IREF.